

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Verkaufspreis: monatlich 3.80 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M. Nachgeschick wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung der Gebühren.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 5915 und 5916. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Anzeigenzeile 60 Pf., die 22 mm breite Anzeigenzeile 30 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 40 Pf. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Nachst. lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 278

Donnerstag, 17. Juni 1920.

74. Jahrgang

Die Kabinettsbildung.

Dr. Trimborn gibt den Auftrag weiter.

mx. Berlin, 17. Juni. Verschiedene Blätter bringen abermals die bisher ungenutzte Nachricht, daß Dr. Trimborn den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt habe. — Ueber die gestrigen Verhandlungen Dr. Trimborns teilen die Blätter mit, daß sich der genannte Zentrumsführer u. a. an den Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion mit der Anfrage gewandt habe, ob er bereit sei, das Justizministerium zu übernehmen. Dr. Heinze habe die Annahme von einem Beschluß seiner Parteifreunde abhängig gemacht, die aber verneinend entschieden hätten. Die Deutsche Volkspartei nehme — so soll erklärt worden sein — an der Zusammenlegung des neuen Kabinetts nur insoweit Anteil, als sie Wert darauf lege, daß das Reichswirtschaftsministerium mit Geheimrat Wiedfeldt besetzt und das Reichswehrministerium einem General übertragen werde. — In parlamentarischen Kreisen spricht man von folgender Liste: Reichskanzler Dr. Müller, Inneres Koch, Auswärtiges v. Kottig (früher bayerischer Gesandter in Wien), Wirtschaft Wiedfeldt, Finanzen Wirth, Schatz v. Siemens, Arbeit Stegerwald, Verkehr Gröner, Justiz Dr. Heinze, Reichswehr Geisler. — Das Eintreffen Dr. Mayers in Berlin kann, wie es in mehreren Blättern heißt, nicht vor Freitag erwartet werden.

Nach den letzten Meldungen hat sich der Reichspräsident, dem Dr. Trimborns Entschluß, an den früheren Reichspräsidenten übergebenen Gesandtschaftsleiter in Paris Dr. Müller-Kaufmann mit der Bitte um Übernahme der Kabinettsbildung gewandt, aber noch keine Antwort erhalten. Dr. Müller als ein scharfer Gegner der föderalistischen Politik Dr. Heim's, des Führers der bayerischen Volkspartei, ist und dem Zentrum naturgemäß viel an der Mitarbeit des starken bayerischen Ministers gelegen ist, sehen politische Kreise dem Erfolg Dr. Mayers mit einiger Spannung entgegen.

Die Demokratische Partei hat gestern ihre erste Fraktionsführung gewählt und in ihr die Herrn Dr. Trimborn überreichte Entschlüsse angenommen. Sie hat die Ablehnung einer Anteilnahme der Mehrheitssozialisten an der Mitarbeit in der früheren Koalition bedauert und im übrigen ihre Stellung von dem Programm abhängig gemacht, das Dr. Müller vorlegen wird.

Ueber die Haltung der Deutschnationalen, die gestern Abend eine Fraktionsführung abhielten, ist noch nichts bekanntgegeben worden.

Die „Rheinische Zeitung“ behandelt in einem ihr von Berlin übermittelten Aufsatz die kritische Lage und sieht sich mit der wohlwollenden Neutralität auseinander, die der „Vorwärts“ einer bürgerlichen Regierung auslegt. Sie trägt mit Recht, ob das die Dintessens des Parlamentarismus sei, daß die Sozialdemokratische Partei sich als die stärkste Partei in die Opposition zurückziehe und die bürgerlichen Parteien sage: „Ihr tragt jetzt die Verantwortung für unsere Handlungswelt!“ Die ganze Stellungnahme der Reichstagsopposition beweist, daß das treibende Element ihrer Politik Mangel an Mut ist. Die Mehrheitssozialdemokraten brachten nicht den Mut, ihre Anhänger über die Staatsnotwendigkeiten aufzuklären und selbst verantwortlich davor mitzuwirken, und in dieser Gemütsstimmung locke sie der Geist der Opposition, der für die Person Scheidemanns, in die Reihen der verantwortlichen Kritiker.

Die „Rhein. Zig.“ sieht jedoch in der Auseinandersetzung über diese und andere Fragen nicht die Hauptaufgabe der Gegenwart und kommt mit Recht zu der Schlussfolgerung, daß es in erster Linie notwendig sei, die Regierung schnell zu bilden, denn die Zeit der Verwirrung habe schon viel zu lange gedauert. Sie betont nochmals, daß die Deutsche Volkspartei Ministerposten für sich nicht in Anspruch nehmen, daß sie aber an ihren Forderungen: Entpolitisierung der Reichswehr, Befreiung des Auswärtigen Amtes mit einer Persönlichkeit, welche die auswärtige Politik mit Sachkunde und Würde zu führen in der Lage sei, Umbildung des Reichswirtschaftsamtes unter einem Fachminister und des Verkehrsministeriums und Ausbau des Reichswirtschaftsrates, festhalten müsse.

Die Einberufung des Reichstags läßt den Schluss zu, daß man an zukünftiger Stelle mit einer baldigen Lösung der Krise rechnet.

Der deutsche Kriegerbund.

Unter starker Beteiligung von Vertretern der Landesverbände fand auf dem Kaiserhof eine Gesamtsitzung der Organisation des Deutschen Kriegerbundes statt. Der Präsident, Generaloberst v. Heeringen, begrüßte die Erschienenen und den Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Geheimrat Karstedt. Er bezeichnete als Hauptaufgabe des Verbandes, in politischer und religiöser Neutralität seine Kräfte zum Wiederaufbau des Vaterlandes zur Verfügung zu stellen. Geheimrat Karstedt sprach als Vertreter des Arbeitsministeriums über die vielfachen Aufgaben der Kriegsfürsorge und verwies auf die traditionelle Opferwilligkeit der deutschen Kriegerorganisationen, die sich rücksichtslos der Regierung zur Verfügung gestellt hätten. Die Regierung wisse die Bedeutung des Deutschen Kriegerbundes voll zu würdigen. Der Vizepräsident, Reichsstatthalter, berichtete über die Verbandsunternehmungen und über die Tätigkeit der Siedlungsgenossen.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 16. Juni.

Der Präsident der Nationalversammlung erläßt folgende Bekanntmachung:

Auf Grund der Artikel 27 und 180 der Verfassung wird der neu gewählte Reichstag berufen, am Donnerstag, den 24. Juni 1920, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.

Der Präsident der Nationalversammlung:
E. Fehrenbach.

Der preußische Verfassungsausschuß.

Berlin, 15. Juni.

Der Verfassungsausschuß der preußischen Landversammlung trat heute vormittag zusammen und beriet zunächst den Gesetzentwurf über die Vertretung der preußischen Provinzen im Reichsrat. Vor Eintritt in die Verhandlungen stellte der Abgeordnete Dr. Rosenfeld (L. Soz.) erneut den Antrag, mit Rücksicht auf das Ergebnis der Reichstagswahlen nicht in die Beratung der Verfassung einzutreten, sondern die Auflösung der Landesversammlung herbeizuführen. Der Antrag wurde ohne Debatte gegen die Stimme Dr. Rosenfelds abgelehnt. Bei der Beratung des Gesetzes selbst stellte sich heraus, daß der ursprüngliche Entwurf nicht mehr anerkannt werden kann. Die Zahl der Vertreter Preußens im Reichsrat ist durch den Zusammenschluß der thüringischen Staaten auf 22 gesunken; wenn nach Artikel 88 der Reichsverfassung die Hälfte dieser Stimmen den Vertretern der einzelnen Provinzen zufällt, könnte nicht mehr jede preußische Provinz einen Vertreter erhalten, sondern es müßten mehrere Provinzen zu gemeinsamer Vertretung zusammengelegt werden. Außerdem wurde geltend gemacht, daß die Stimmen der Provinzvertreter und die preußischen Staatsstimmen sich gegenseitig aufheben und damit Preußen jeder Vertretung im Reichsrat berauben könnten. Endlich würden in den Provinzen große Minderheiten unberücksichtigt bleiben, so daß die Provinzvertreter im Reichsrat nur sehr unvollkommen die wirkliche Stimmung der preußischen Bevölkerung wiedergeben würden. Aus allen diesen Gründen beschloß der Verfassungsausschuß, die Staatsregierung aufzufordern, bei der Reichsregierung und beim Reichstag eine Verlängerung der bis zum 11. August 1920 laufenden Frist für die Verabschiedung des Gesetzes nachzusuchen und auf eine Abänderung der Artikel 81, 88 und 188 der Verfassung hinzuwirken. Die Fristverlängerung wurde einstimmig, die Forderung nach einer Verfassungsänderung mit allen Stimmen gegen sechs des Zentrums und des Demokraten Dr. Preuß gefordert. Zum Schluß entspann sich nochmals eine Auseinandersetzung über die Rückwirkung des Ausfalls der Reichstagswahlen auf die Landesversammlung. Abg. Dr. Friedberg (Dem.) gab die Erklärung ab, daß er persönlich ausnahmsweise für die Auflösung der Landesversammlung eintreten würde, wenn die Opposition von rechts und links dies mit äußerster Energie fordere. Gegenwärtig sei aber dazu eine zwingende Veranlassung noch nicht gegeben. Ebenso trat Abg. Heilmann (Soz.) dafür ein, daß man wenigstens den Versuch machen solle, die Verfassung noch zu verabschieden. Demgemäß wurde beschlossen, morgen mit der Beratung der Verfassung zu beginnen.

Verbot.

mx. Worms, 16. Juni.

Eine amtliche Bekanntmachung des Chefs des Generalstabes besagt, daß der kommandierende General der französischen Rheinarmee infolge von Zwischenfällen und um einen Anlaß zu Unruhen zu vermeiden, für den Bereich der durch die französische Armee besetzten Zone verboten habe, 1. das Singen in der Öffentlichkeit oder unter Verhältnissen, die der Öffentlichkeit gleichkommen, von deutschen Hymnen oder Liedern, die einen feindseligen oder provozierenden Charakter gegen Frankreich hätten, wie „Die Wacht am Rhein“, „Deutschland, Deutschland über alles“, „Heil dir im Siegerkranz“, „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“, „Marschall“ usw., ferner das Flagen auf dem Lande in deutschen Nationalfarben, seien es die alten (schwarz-weiß-rot) oder die neuen (schwarz-rot-gold). Jede Uebertretung werde als Ungehorsam gegen einen von der französischen Militärbehörde gegebenen Befehl betrachtet und als solcher bestraft entsprechend dem Artikel 6 der Ordonnanz Nr. 1 der Interalliierten Rheinlandskommission.

Zeitungsverbote.

Köln, 15. Juni. (WTB.) Die „Rheinische Volkszeitung“ und die „Rheinische Zeitung“ wurden laut Beschluß der Rheinlandskommission aufgrund des Artikels 13 der Verordnung Nr. 3 von morgen ab auf einige Tage verboten. Außer diesen beiden sind weitere fünf Blätter im besetzten Gebiete verboten worden.

mx. Ludwigshafen, 16. Juni. Laut „Pfalz. Post“ hat die Rheinlandskommission das Erscheinen der „Rheinischen Zeitung“, der „Rheinischen Volkszeitung“, des „Pfalzischen Merkurs“ in Zweibrücken und der „Gegenwart“ in Edenkoben ab 16. Juni auf 15 Tage verboten.

Die Festsetzung der Schuldsumme.

Paris, 1. Juni. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hatte eine lange Aussprache über die Festsetzung der deutschen Entschädigungssumme und über die demnächst stattfindenden diesbezüglichen englisch-französischen Verhandlungen. Senator Chenebault verlangte, daß, wenn es zu einer Festlegung der deutschen Entschädigung kommen sollte, dies an gewisse Bedingungen geknüpft werden müsse. Wenn die deutsche Schuld festgelegt werde, müsse als unbedingte Folge eine internationale oder internationale Anleihe zustande kommen, deren erste Raten zum größten Teil dem Spezialfonds für die verwundeten Gebiete zuzuführen seien. Die folgenden Raten könnten dann zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands Verwendung finden. Die Kommission beschloß, ihre Wünsche durch ihren Vorsitzenden dem Ministerpräsidenten Millerand unterbreiten zu lassen. Die Senatoren Millerand, Lacroix und Mennu-Martin berichteten über die Ausführung der finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages. Sie gaben den Fragebogen bekannt, der dem Ministerpräsidenten überreicht wird. Dieser Fragebogen führt im besonderen die von Deutschland in natura gemachten Lieferungen an, die auf die Schuld nicht anzurechnen werden, ebenso wie die von ihm gemachten Aufwendungen für die Befehlstruppen.

Die deutsche Abrüstung.

Paris, 17. Juni. Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten nahm einen Bericht André Lefebvres über die deutsche Abrüstung entgegen. Der Minister gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß, wenn Deutschland auch gewisse Punkte des Friedensvertrages ausgeführt habe, es doch im Ganzen genommen keinen guten Willen an den Tag lege. Er gab der festen Hoffnung Ausdruck, daß es der Entschlossenheit und der Uebereinstimmung unter den Alliierten schließlich doch gelingen werde, von Deutschland die völlige Ausführung der ihm auferlegten Bedingungen zu erlangen.

Deutschlands Erfüllung des Friedensvertrages.

London, 17. Juni. (Havas.)

Im Unterhaus sagte Winston Churchill über die Inkrustierung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Luftschiffahrt: Marshall Koch und die alliierten Kommissionen sind für die deutsche Abrüstung verantwortlich. Ich glaube, Deutschland erfüllt seine Verpflichtungen. Es erfüllt sie vielleicht nicht ausnahmslos und stetig, aber es setzt ihnen auch keine Hindernisse in den Weg.

Der Prozeß gegen Kaiser Wilhelm.

Brüssel, 16. Juni. Auf eine Anfrage erklärte der Minister des Innern, die alliierten und assoziierten Mächte beabsichtigten keineswegs den früheren deutschen Kaiser in contumaciam abzurufen. Die Bildung eines juristischen Ausschusses im Haag, der mit der Ausarbeitung des Entwurfs eines internationalen kriegsgerichtlichen Hofes beauftragt sei, liege — wie der Minister hinzufügte — mit der Frage der Auslieferung oder Aburteilung des Kaisers in keiner Beziehung.

Die Militärdienstzeit in Frankreich.

Paris, 17. Juni. Die Heereskommission der Kammer nahm gestern einen Bericht des Kriegsministers Lefebvre über die Grundideen zum Plan der Reorganisation der Armee entgegen. Der Minister betonte besonders, daß mit Rücksicht auf die auswärtige Lage, die noch nicht genügend geklärt sei, es nicht möglich sei, schon heute eine Militärdienstdauer von unter zwei Jahren in Aussicht zu nehmen. Andererseits äußerte sich Lefebvre über die Verwendung der französischen Besätze im Orient und brachte zur Kenntnis, daß dort gegenwärtig ungefähr 70 000 Mann stehen.

Das Kabinett Giolitti.

Rom, 16. Juni. (Wolff.) Das neue Kabinett Giolitti weist folgende endgültige Zusammensetzung auf: Vorsitz und Inneres: Giolitti, Auswärtige Angelegenheiten: Graf Sforza, Kolonien: Rossi, Justiz und Kultur: Pera, Finanzen: Tedesco, Schatz: Meda, Krieg: Bonomi, Marine: Admiral Sechi, Unterricht: Croce, Öffentliche Arbeiten: Pano, Landwirtschaft: Michele, Industrie und Handel: Alessio, Post und Telegraphen: Pasqualino Passalo, Befreiung Gebiete: Reineri, Arbeit: Lovriola. Die Minister haben am Mittwoch vormittag 11 Uhr dem König den Eid geleistet.

Der schwedisch-finnische Konflikt.

Stockholm, 16. Juni.

Die Nordische Pressezentrale erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Gerüchte über die begonnene schwedische Mobilisierung jeder Grundlage entbehren. Die Mitglieder des schwedischen Reichstages sind für Donnerstag nachmittag zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen worden, in der die Regierung Mitteilungen machen wird.

Die Zwangswirtschaft.

Die Rufe nach Aufhebung der Zwangswirtschaft werden umso lauter, je mehr es sich herausstellt, daß ihr nicht nur die Verteuerung aller Lebensmittel zuzuschreiben ist, sondern daß auch der Steuerzahler in weitestem Maße an ihrer Aufhebung interessiert ist. Denn die kommunalen Lebensmittelstellen, die größtenteils sich mit großen Warenbeständen eingedeckt haben, erleiden zurzeit durch das Sinken der Weltmarktpreise und die Saluverbesserung gewaltige Verluste, die der Steuerzahler zu tragen hat. Der „Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdiener“ schreibt:

„Wie so manches andere trachtet auch die Zwangswirtschaft in allen Fugen. Stadt- und Landkreise sehen sich vor dem Ruin, weil kein Mensch mehr die bei den Kommunalverwaltungen in Milliardenwerten liegenden Lebensmittelermittlungen abnimmt, da der freie Handel bedeutend billiger liefert. So lange die Preise stiegen war für die Behörden die Zwangswirtschaft ein bequemes Mittel, die Mindererträge aus anderen Zweigen der Verwaltung zu decken und vor allen Dingen zu vertuschen, mit welchem Mindestmaß an Sparlichkeit in recht vielen Kommunalverwaltungen seit längerer Zeit gearbeitet wird. Jetzt aber, wo die Preise fallen, und damit Milliardenverluste drohen, herrscht natürlich Heulen und Jammern. Wie hoch die Verluste sein werden, kann sich jeder selbst ausrechnen, der sich klar macht, daß selbst der härteste Befürworter der Zwangswirtschaft nämlich der „Vorwärts“ in seiner Nr. 206 schreiben muß, daß bei Nahrungsmitteln und Hülsenfrüchten ein Verlust von 30 bis 40 Prozent drohe und daß zur Vermeidung des Schlimmsten von den maßgebenden Stellen sogar schon die Freigabe des Fett- und Margarinehandels erwogen würde.“

In einem Bericht über eine Väterversammlung in Breslau heißt es u. a.: „Auf dem kürzlich in Breslau abgehaltenen neunzehnten Verbandstage des Väterbundesverbandes Schließen wurde von Sandikus Davares an Hand eines reichen Zahlenmaterials ausgeführt, wie tief einschneidend die Zwangswirtschaft auf die Brotpreise wirkte. Der Redner ging von der Voraussetzung aus, daß infolge der nicht ausreichenden Ernte und des dadurch bedingten Anstiegs ausländischen Getreides die Regierung sich veranlaßt sehe, Getreide für die Mehl- oder Getreideanläufe zurückzulegen. Dieser Sparzwang der Regierung verteuere das Mehl um 92 Mark pro Doppelzentner. Die Reichsgetreidekasse erhalte das fertige Mehl einschließlich der 92 Mark für 147 Mark. Der Väter muß es aber mit 225 M. bezahlen. Der Unterschied von 78 Mark pro Doppelzentner kommt auf Rechnung der Zwangswirtschaft. Bei einem Aufschlag von 78 Mark aber verteuere sich das Brot um 25 bis 27 Pfennig pro Pfund. Wir zahlen in Deutschland wohl 397 Millionen Mark allein für die Unterhaltung der Zwangswirtschaft des Brotmehls.“

Die „Bremser Nachrichten“ bringen folgende Zusammenfassung: „Besonders in den Augen fallender Zwangswirtschaftsblüten:

„Margarine ist vor kurzem von den Zwangsgesellschaften von 17 bis 20 Mark auf 18 Mark herabgesetzt worden. Diese Herabsetzung bedeutet einen erheblichen Verlust für das deutsche Volk, da die Zwangsgesellschaften bekanntlich ihren Einkauf gemacht haben, als unsere Mark noch auf 5 bis 6 Pfennig stand. Das deutsche Volk hat also den Verlust zu tragen, daß diese Margarine so teuer eingekauft worden ist. Heute wird Margarine von Holland im freien Handel zu 10 Mark das Pfund angeboten, und das Volk könnte Margarine in Hülle und Fülle erhalten, wenn der Handel frei wäre. Der Lebensmittelankauf der Regierung wird leicht wieder ohne Mißhilfe des Fachhandels gelöst durch riesige Anläufe von Lebensmitteln aus dem Ausland. Unwillkürlich müssen wir u. a. an das Millionengeschäft mit dem bekannten russischen Händler Barnat in Amsterdam denken, wodurch das Reich außer dem Verlust von über 10 Millionen Mark noch einen Verlust von 40 Millionen beider Butter allein 400.000 Kilo erlitten hat. Nun hat Amerika der deutschen Regierung einen Kredit von 20 Millionen Dollars eingeräumt zu Bedingungen, die bislang geheim gehalten wurden. Nach den Fällen Barnat und Elorza zu urteilen, wird Amerika diesen Kredit nur gewährt haben, um die in Holland, Schweden, Dänemark, Hamburg usw. seit Jahren aufgespeicherten Vorräte endlich an den Mann zu bringen. Selbstverständlich haben alle diese Waren durch die langjährige Lagerung gelitten. Warum wird der amerikanische Kredit nicht den deutschen Kaufleuten gewährt? In diesem Falle würde das Volk billige Preise und tadellose Ware erhalten.“

Trotz aller Einsprüche der Nationalversammlung hat bisher keine der Zwangswirtschaften eine Abrechnung dem deutschen Volke vorgelegt mit Ausnahme der Heringszwangswirtschaft, die auf jeden Anteil 900 Prozent Gewinn verteilte.

Der Herthafsee auf Rügen.

Von H. G. Willmann.

Lauchende Freude unten am Strande. Farbenfreudig die blaue See, die leuchtend weißen Kreidestellen und das saftige Grün, alles überwölbt vom blauen Himmelssdom, den das Meer widerspiegelt.

Aber steigt der Wanderer die Kreidestellen von Stubbenkammer auf der Insel Rügen hinauf, dann umhüllen ihn geheimnisvolle Schauer, sobald der Buchenwald sich öffnet und er von den grünblauen Wäldern der einstigen Herthaburg auf den in düstere Schwermut getauchten See der Göttin schaut. Leichte Nebel wallen wie duntige Schleier über ihn hin, die Blätterkronen der mächtigen, uralten Buchen weichen sich tief zum Wasser hinab, als wollten sie ergründen, was dort unten vorgeht. Schleicht ein Fährwägelchen einen Stein in den See, so schäumt und brodelst das Wasser in großem Zorn auf, weil er die heilige Ruhe derer stört, die da unten in Herthas Schöße schlummern. Ein Wirbelwind erfaßt den Fährer, und die Wasser umfassen ihn und ziehen ihn mit unwiderstehlicher Gewalt zu sich hinab auf Nimmerwiedersehen. Ist es geschehen, so glättet sich der Spiegel wieder, ruhig ist es wie vormals, und langsam steigt vor dem andächtig Lauschenden die Vergangenheit auf.

Vor Urväter Zeiten war es. Zeit gebaut steht der Herthatempel, den die Göttin bewohnt, sie, die Erdenmutter, die Bringerin der Fruchtbarkeit, die Spenderin der Liebe und Freude. Frohsinn und Eintracht herrscht, wo die Göttin weilt. Dem Menschen unsichtbar, aber gefühlt von allen, die ihre Nähe suchen. Sie ist aufs engste verbunden mit unseren Vorfahren, denn sie, die Göttin, gab einem Erdensohn das Leben, dem Tischo oder Theut, und er ward der Stammvater der Deutschen. Doppelt groß darum die Verehrung, die ihr, der Freudenbringerin, gezollt wird. Ihr allein verdanken die Einwohner Rostocks und Egelshaus. Ihr zu dienen ist die höchste Ehre, die einem Menschen widerfahren kann. Nur der Priester darf sich ihrem Heiligtum nähern. Fällt er der Göttin Wesen an sich, so spawnt er zwei reinweiße Kühe vor den heiligen Wagen, der durch ein Planfeld verdedt ist, jedoch keines Unbefugten Auge hineinsehen kann. Die Göttin nimmt Platz in dem Gefährte, der Priester geht ehrerbietig nebenher und überläßt die Führung den Kühen, denn sie werden von der Göttin selbst geleitet, und wo die

Wir sehen bei dem im freien Handel befindlichen Reis, daß der Preissteiger sofort der Konjunktur gefolgt ist. Der Reis, welcher noch vor einigen Wochen 14—18 Mark kostete, ist jetzt im freien Handel zu 7—8 M., in Hamburg sogar zu 5 M. zu haben. Natürlich erleiden durch diesen Preissteiger die Kaufleute ungeheure Verluste, welche sie selbst zu tragen haben. Die Zwangswirtschaften haben noch nie so teuer und unkaufmännisch gearbeitet wie gerade gegenwärtig. Millionen und Abermillionen gehen in Kursverlusten verloren. Der Einkauf durch den freien Handel und durch die Konkurrenz ist für den Konsumenten erheblich vorteilhafter als der amtliche Einkauf, der auf Kosten der Allgemeinheit darauf loswirkt. Eine schädliche Heber- schamung des Marktes mit Waren im freien Handel könnte durch eine Einfuhrkontrolle behoben werden.

Häufig soll zum Herbst auch wieder der Zwangswirtschaft unterworfen werden. Dabei vergißt das Volk, daß die Haderpreise nicht durch den freien Handel so hoch getrieben wurden, sondern daß bei den billigen Preisen im Herbst von circa 50—80 Pfg. derartig große Quantitäten in ganzen Eisenbahnzügen ins Ausland verschoben wurden, daß sogar an der Pariser Börse Hafer täglich notiert wurde. Wäre bei der großen Ernte im vorigen Jahre der Hafer im Lande geblieben, so hätte das reichliche Angebot die Preise wohl kaum über 1 M. steigen lassen. Selbstverständlich verminderte der deutsche Export von Hafer ins Ausland den Vorrat im Lande und demgemäß gingen die Preise automatisch in die Höhe.

Derner brachte die Presse die Mitteilung, daß wir in den ersten vier Monaten dieses Jahres an England allein für fast 30 Millionen M. Hafer exportiert haben, worüber die Regierung wohl hoffentlich noch Aufklärung geben wird.

Es kann nicht Wunder nehmen, wenn gegenüber allen bösen Erfahrungen mit der Zwangswirtschaft überall Bewegungen zur Abhebung entstehen. Nürnberg steht am 1. August das Fleischkartensystem auf. Baden will die Zwangswirtschaft aufheben, das dortige Ministerium des Innern hat Richtpreise für die Gemeinden aufgestellt, die so wenig den bei uns üblichen entsprechen, daß wir sie nur der Kuriosität halber abdrucken: Danach dürfen die Preise folgende Beträge nicht übersteigen: Für ein Pfund Fett 10 M., ausserhalb 12 M., Fleisch mit Knochenbelage, frische Fleischwurst sowie Leber 5 M., Junge 6 M., frische Leberwurst und Schwarzwurst 3,60 M., Blutwurst 2,50 M. und Knochen 60 Pfg.

Vorbildliche Fragen.

Die Bürgerliche Vereinigung hat an die Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag gerichtet:

Da die Darstellung des Herrn Oberbürgermeisters in der Sitzung vom 10. Juni 1920 nicht entfernt ein Bild der bisher in den Kriegswirtschaftsbetrieben entstandenen Gesamtverluste ergibt, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviel Verluste an Lebensmitteln, nach den einzelnen Betrieben geordnet, sind überhaupt entstanden? Wieviel Lebensmittel haben der menschlichen Ernährung außer den verdorbenen nicht zugeführt werden können, weil sie von der Bevölkerung nicht abgenommen wurden oder weil sie über das Bedürfnis hinaus beschafft worden waren?
2. Wie groß ist der Wert dieser verloren gegangenen und nicht zur Verwendung gelangten Lebensmittel? Wie hoch war ferner der zu bedenkende Saluverlust? Wieviel Millionen Mark haben die Verbraucher zur Deckung dieser Verluste als Aufschlag zu den von der Stadt festgesetzten Lebensmittelpreisen zahlen müssen?
3. Wieviel und welche Lebensmittel sind vom 1. Juli 1919 bis zum 31. März 1920 verloren gegangen oder der menschlichen Nahrung entzogen worden, weil sie keine Abnehmer fanden? Wie hoch war der Wert dieser Lebensmittel, nach den einzelnen Betrieben gesondert? Wie hoch war in diesem Zeitraum der Saluverlust? Wieviel Millionen Mark haben in diesem Zeitraum die Verbraucher durch Erhöhung der höchsten Lebensmittelpreise decken müssen? Wieviel Millionen Mark blieben außerdem noch rechnungsmäßiger Fehlbetrag für diesen Zeitraum?
4. Wie hoch sind die tatsächlichen Verwaltungskosten der Kriegswirtschaftsbetriebe einschl. der Gehälter und Löhne der Beamten, Hilfsangehörigen und Arbeiter und die Kosten für Miete und Betrieb der Geschäftsstellen usw. a) bis zum 30. Juni 1919, b) bis zum 31. März 1920?

Tiere stehen bleiben, da wird das Herthafsee gefeiert. Spiel und Tanz erfreut die herzkührende Schar.

Und dann will die Göttin in ihrem See baden. Sklaven werden vor den Wagen gespannt, und hinein geht es in die dunklen Fluten. Der See verflücht das ihm gebrachte Opfer, der Wagen der Göttin gelangt allein an das Ufer zurück.

Die Zeiten ändern sich. Man begnügt sich nicht mehr mit der unsichtbaren Göttin. Man stellt ihr Bildnis im Tempel auf. Der heile Künstler hat es aus Eisenholz geschnitten. Das jugendliche Antlitz lächelt hold, das Haupt trägt einen dreigeschlossenen Turm als ein Wahrzeichen der Frömmigkeit, die regiert. Denn sie führt das Regiment im Hause. In der Linken hält sie den Hausschlüssel und in der Rechten daszepter. Löwenköpfe schmücken die Arme, zwei an jedem. Das eng anliegende Gewand ist durch vier Ringe gehalten, die Jahreszeiten andeutend. Und dazwischen sehen wir auf dem Gewande das Wachsen und Gedeihen der Natur. Vom Grunde steigen die Bäume auf, danach Kornähren; Blumen spritzen darüber hervor, und zuletzt am Herzen ruhen die heilbringenden Kräuter, denen die Göttin ihre Wunderkraft verleiht. Sie beginnt als erste Göttin das Noth, ihr geistig ist der Neujahrstag. Und das Volk opfert ihr seinen größten Hausgötzen das nahrhafte Schwein. Doch ihr größter Ehrentag ist zur Sommer Sonnenwende. Geschäftiges Leben fällt da zur Ruhe und Gai. Rosengirlanden schmücken den Tempel. Rosengirlanden den Wagen. Rosengirlanden spannen sich von einem Baum zum andern bis hinunter zum See.

Aus allen Ländern eilen sie herbei, das Fest der Göttin zu feiern, und Frohsinn erfüllt die Herzen.

Da kommt eine lange Reihe weißgekleideter Jungfrauen in feierlichem Zuge einher. Rosen an der Brust, Rosen im offenen goldblonden Haar. Ein verklärter Glanz liegt auf den reinen, unberührten Gesichtern während die zarten Lippen einen geheimnisvollen Gesang anstimmen.

Es ist des Landes lieblichste Blüte, die sich dem Dienste der Göttin weilt: freiwillig entlagen die Jungfrauen dem Leben, um den Jüngern zu Frieden und Freude zu verhelfen. Und so wallen sie dahin zum Herthatempel, neben die Statue der Göttin auf den Wagen, spannen sich selbst davor und baden das Bildnis im See und danach geht der feierliche Zug zum Tempel zurück. Reingebadet steht Herthas Bild an seinem alten Platz, aber für die, deren Hände es berühren

Bahn und Post.

Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, brachte der März, in welchem die letzte Tarifierhöhung bei den Bahnen eingetreten ist, eine Steigerung der Einnahmen von 300 Millionen auf 727 Millionen Mark, also um 427 Millionen Mark. Dieses Ergebnis wurde erzielt trotz des Generalstreiks und der Vorgänge im Ruhrrevier. Es läßt darauf schließen, daß bei normalen Vertriebe die preussischen Gebiete Einnahmen von 800 bis 1000 Millionen Mark monatlich einbringen müßten. Läßt sich der Betrieb weiter verbessern, so muß auch die Einnahme entsprechend höher werden. Dieses Ergebnis ist umso beachtenswerter, als das Gebiet der preussischen Eisenbahnen ja durch den Friedensvertrag stark verkleinert hat. Am letzten Freitag beschloß sich der Reichsrat mit Eisenbahnen; dabei wurde auch von der Möglichkeit einer weiteren Tarifierhöhung gesprochen.

Bei der Post ist durch die Erhöhung des Portos für Briefe, Drucksachen und Postkarten sowie namentlich des Portos für Pakete ein erschreckend hoher Rückgang an Portoeinnahmen eingetreten. Ohne Zweifel wird bei Telegrammen und Ferngesprächen demnächst ebenfalls eine große Mindereinnahme zu verzeichnen sein.

Die Futterrippe.

In demselben Maße, wenn nicht in schnellerem Tempo, als die Kriegshelden und Kriegsgesellschaften abgebaut werden, wächst, so berichtet die „Post“, der Apparat der beherrschenden Verwaltung. Das preussische Ministerium des Innern zählte bis zum November 1918 13 Vortragende Räte, etwa 30 expedierende Sekretäre und insgesamt etwa 60 bis 70 Kanzlei- und Unterbeamte. Die Zahl dieser Beamten hat sich vermehrt. Neu eingezogen in das Ministerium sind nur etwa 40 Schreibmaschinistinnen, so daß heute nicht nur jeder Referent, sondern schon beinahe jeder Sekretär eine eigene Schreibmaschinenkraft zur Verfügung hat. Ähnlich, ja noch charakteristischer liegen die Dinge bei anderen Ministerien. Das klassische Beispiel aber bietet das Reichswirtschaftsministerium. Als das Reichswirtschaftsamt im Jahre 1917 vom Reichsamt des Innern abgetrennt wurde, bestand das gesamte Personal einschließlich der mittleren und unteren Beamten aus 90 Köpfen. Auch dann wurde im Jahre darauf bei der Neuorganisation des Reichsarbeitsministeriums die Hälfte fortgenommen. Inzwischen aber, in den nicht ganz zwei Jahren, hat sich der Beamtensatz allein des Reichswirtschaftsministeriums von etwa 8 auf 1600 Köpfe (!) vermehrt und dazu kommen nun noch — sage und schreibe — 500 Schreibmaschinistinnen, so zwar, daß in dem ehemaligen „Hotel Cumberland“ jeder einzelne Referent zwei, zum Teil sogar drei Schreibmaschinistinnen hat, zwei für die Vormittags-, eine für die Nachmittagsstunden! Es liegt auf der Hand, daß die tatsächliche Leistung eines solchen Apparats zu der aufgewandten Kraft und zu den aufgewandten Geldern in keinem Verhältnis stehen kann, namentlich dann nicht, wenn man bei allen Teilen und Teilen dieses Apparats volle Leistungsfähigkeit voraussetzt. Dagegen soll nun eingeschritten werden. In parlamentarischen Kreisen ist man entschlossen, das Budgetrecht des Parlaments künftig strenger aufzufassen und zu handhaben. Unter anderem wird die Schaffung einer besonderen Jahrgangswahl, die mit diktatorischer Gewalt ausgestattet, das unbeschränkte Recht erhalten soll, Vereinfachungen und Verminderungen in den verschiedenen Verwaltungen nach vorausgegangener Prüfung aus eigener Machtvollkommenheit durchzuführen.

Kurze Meldungen.

Aus Memel wird gemeldet: Ein englisches Truppenkommando hand in der Memel in der Wohnung des unabhängigen Sachverständigen ein Waffenlager von etwa 200 Infanteriegewehren und zahlreichen Maschinengewehren. Die englischen Truppen beschlagnahmten die Waffen und vertrieben die Sachverständigen.

Wie der „Deutsch. Allg. Ztg.“ aus Rom gemeldet wird, hat die italienische Regierung die Wiedererrichtung der Konsole angeschlossen, auf die Deutschland nach dem Friedensvertrag seinen Anspruch habe.

Mehrere Morgenblätter zufolge befindet es sich, daß Verhandlungen zwischen einem russischen Konzern und dem deutschen Bank über die Gründung einer neuen deutschen russischen Bank schweben.

durften, beginnt nun erst der eigentliche Herthadienst. Die Göttin selbst bedarf ihrer.

Wieder geht es in feierlichem Zuge zum See. Vertikale schauen die Erwählten den Himmel, und unter Lobliedern wandeln sie ins Wasser hinein, immer tiefer und tiefer, bis die Kluten sie bedecken.

Das Opfer ist vollbracht. Die Reinheit hat ihr Leben der Gottheit gegeben damit Frieden und Freude auf Erden herrliche. Also murmeln und plaudern die Wesen des Sees und duntige Schlieren wallen darüber hin. Sind es die Seelen der sich opfernden Jungfrauen, die immer ruhen und ruhen im Dienste der Göttin, damit die Ehre den Menschen nicht abnimmt bleibe? Auf dem Opfer der Unschuld baut sich das Glück der Überlebenden auf. Teuer erkauft. Sind sie es wert?

Kleine Mitteilungen.

Erfolg einer neuen komischen Oper in Kassel. „Meister Grotian“, eine neue komische Oper in zwei Aufzügen von Arnold Winterhagen, Handlung von Rudolf Altmann, erlebte bei ihrer Eröffnung am Staatstheater in Kassel einen sehr starken Erfolg. Die Hauptdarsteller wurden von den Autoren und Kapellmeister Langs wiederholt hervorgehoben.

Ebbe und Flut auf dem Festlande. Daß die Anziehungskraft des Mondes, die freilich nur den eismillionten Teil der irdischen Schwerkraft beträgt, insofern ist, in unseren Meeren das leicht bewegliche Wasser zweimal am Tage hoch emporzuwallen, zur sogenannten Ebbe, das weiß wohl jeder. Aber auch das feste Land nimmt an Flut und Ebbe teil. Wie Hermann Madelung in dem soeben erschienenen Heft 15/16 der Zeitschrift „Das Weltall“ erzählt, befindet sich im Geographischen Institut zu Potsdam in einem 25 Meter tiefen vor jeder Erschütterung sicheren Brunnenbecken ein von Prof. E. v. Neuberger erfundenes äußerst empfindliches Horizontalspiegel. Beim Erscheinen des Mondes am Horizont wandert der Reflektor des Apparates, wie durch Geisterhände bewegt, vom Mittelpunkt der Skala nach links, bis er nach sechs Stunden am äußersten Ende der Skala, dem Höhepunkt der Flut, still steht, weil der Mond den Zenit erreicht hat. Hierauf vollzieht sich die Umkehr, die Ebbe des Bodens, in ebenfalls sechsstündiger Dauer zurück zum Mittelpunkt. Die größte Aufschwüfung zur Flutzeit erreicht in Potsdam immerhin eine Ebbe von 30 Zentimetern.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 17. Juni.

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen.

Es ist als ein nicht hoch genug einzuschätzender Gewinn zu bezeichnen, daß eine an sich begreifliche Brüderliebe weiterer Kreise gegenüber der öffentlichen Erörterung des Problems der Geschlechtskrankheiten immer mehr von der Erkenntnis verdrängt wird, daß gar nicht genug getan werden kann, um das Volk über die ihm durch die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten drohenden Gefahren aufzuklären. Die Beobachtung der Folgeerscheinungen der Geschlechtskrankheiten hat gelehrt, daß die Zeiten vorbei sind, in denen man heimlich von ihnen als den „Kinderkrankheiten des Mannes“ sprach. Daß vielmehr die ungeheure Verbreitung dieser Seuchen eine schwere Gefahr für die Zukunft nicht nur der von ihnen befallenen Volksgenossen, sondern für die Entwicklungsmöglichkeit des gesamten Volkes bedeutet.

So haben Ärzte und ärztliche Vereine schon seit Jahren eine vielseitige Aufklärungsarbeit entfaltet und alle Anstrengungen unternommen, die in diesem Sinne eine auch wissenschaftlich einwandfreie Propaganda betreiben, Broschüren, Flugblätter, Wanderausstellungen haben ebenso von der Tätigkeit dieser Vereine gezeugt, wie die Unterbreitung der Aufführungen des Dramas „Die Schiffbrüchigen“, das auch in Wiesbaden viele Darstellungen sah.

Leider haben diese Aufklärungsversuche nicht verhindert, daß die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten immer mehr zugenommen hat. Und das deshalb noch immer neuen Möglichkeiten gesucht werden muß, die bitter notwendige Aufklärung über Entstehung, Entwicklung und Folgen der Seuche in das Volk zu tragen. Es war naheliegend, den Film als eine der populärsten Darstellungsformen in den Dienst der Sache zu stellen. Die „Ufa“, die Unterhaltungs-Film-Ges. in Berlin, hat durch zwei Ärzte, Dr. F. Schmalz und Dr. R. Kaufmann, die schwere und dankenswerte Aufgabe in die Tat umgesetzt und einen Film hergestellt, der nicht nur wissenschaftlich einwandfrei ist (was hier selbstverständlich ist), sondern der auch im höchsten Maße weite Kreise fesseln wird und den Zweck, zu belehren und ein Wirklichkeitsbild der traurigen Folgen der Geschlechtskrankheiten zu geben, voll und ganz erfüllt.

Der Zweigverein Wiesbaden-Vierbach der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, hat von der hiesigen Vertreterin der „Ufa“, der Wiesbadener Lehr- und Kunstfilm-Gesellschaft, den Film entliehen und läßt ihn von heute ab in dem selten schönen Vortragssaal des Neuen Museums, der für alle Besucher eine Überraschung bedeuten wird, öffentlich vorkommen. Bei der Eröffnung am Dienstag gab Herr Dr. Gutmann, der sich als Vorsitzender der Gesellschaft ein außerordentliches Verdienst um das Aufnahmewesen der Vorführungen erworben hat, in einer Begrüßungsansprache der geladenen Gäste einige Ausführungen, die in den zukünftigen Aufführungen auch während des Ablaufs des Films erfolgen sollen. Er dankte Herrn Bürgermeister Travers für das der Sache bewiesene Wohlwollen und den hiesigen Bauräten, sowie Herrn Prof. Dr. Mitterling für geleistete Hilfe und den Herren May und Schäfer vom „Wintergarten“ für die kostenlose Ueberlassung des Projektionsapparates. Und er gab in knappen Umrissen einen Überblick über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten auf Grund amtlichen Materials. Dr. Gutmann stellte fest, daß die Untergrabung der physischen und sittlichen Kräfte im Arzenei bei dem Zusammenbruch zu einer völligen Demoralisation führe, die sich in einer erschreckenden, alle Begriffe übersteigenden Zunahme der Geschlechtskrankheiten äußert hat. Bei der überführten Demoralisation seien die Truppen ohne ärztliche Unterstützung entlassen worden, die Kranken Soldaten hätten die Bagarre eigenmächtig verlassen und die Folge sei, daß heute Stadt und Land bis in die kleinsten Dörfer verunsichert sei. Ins häßliche Krankenhaus in Wiesbaden sind im Jahre 1919 allein 258 weibliche Geschlechtskranke Personen gegenüber 87 im Jahre 1918 eingeliefert worden. Zahlen, die Herr Dr. Gutmann durch Statistiken aus anderen Orten und auch aus dem Ausland, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, erweiterte. Er legte Wesen und Aufgabe des Aufklärungsfilms dar und dieser redete dann die schon erwähnte eindringliche und wissenschaftlich lebendige Sprache.

Die Hauptbotschaft ist nun, daß die Vorführung des Films dem Interesse aller begegnet, das die Voraussetzung der beschäftigten Wirkung ist. Daß Hoch und Gering, Angestellte und Arbeiter, Mädchen Frauen und Männer, kurzum alle, weil es die Gesamtheit des Volkes angeht, vor diesen lebendigen Bildern, die aus dem Erfahrungsbereich der Wissenschaft emporkommen, das Wissen und die Belehrung erhalten, an der es unserem Volke noch allzusehr fehlt. Daß Wissen, das es unserem Volke noch allzusehr fehlt. Daß Wissen, das es unserem Volke noch allzusehr fehlt. Daß Wissen, das es unserem Volke noch allzusehr fehlt.

Fleischverteilung. Am Samstag gelangen in sämtlichen Metzgereien 150 Gramm Rind- und Kalbfleisch zur Verteilung; außerdem in den Metzgereien mit dem Anfangsbuchstaben St — S, einschl. 50 Gramm Leber- und Blutwurst.

Die Steuerverwaltung und die Kundenverzeichnisse der Banken. Ein Verzeichnis ihrer Kunden mußten die Banken zum ersten Male bis zum 1. Mai bei dem Finanzamt einreichen, das für den Ort ihrer Niederlassung zuständig ist. Der Reichsminister hat jetzt angeordnet, daß die Finanzämter die ihnen zugehenden Karten von Kunden, die in einem anderen Finanzbezirk ihren Wohnsitz, Sitz oder Niederlassung haben, den zuständigen Finanzämtern übermitteln. Ein Verzeichnis über die Zukünftigkeit der Finanzämter wird bereitgestellt, sobald die Behörden der Finanzverwaltung durchgeführt ist und die Grenzen der einzelnen Finanzbezirke bestehen. Bis dahin sollen die Karten an die Behörden gehen, die zur Veranlagung des Beitrags zuständig sind. Diese Behörden haben die Karten nach Möglichkeit an die zuständigen Finanzämter weiterzugeben. Die Kundenverzeichnisse sollen nicht nur für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, sondern auch für die Ermittlung der Abgabepflichten bei dem Reichsnotopfer benutzt werden.

Anmeldung von Forderungen gegen die am Ausgleich beteiligten Länder. Bekanntlich ist die Frist zur Anmeldung von Forderungen gegen die am Ausgleich beteiligten Länder bis zum Ablauf des 30. Juni 1920 verlängert. Den Interessenten wird jedoch dringend empfohlen, mit ihren Forderungen das Ende der Frist nicht abzuwarten, sondern ihre Forderungen sobald als möglich anzumelden.

Die Zwangsabgabe der Marmelade ist nunmehr aufgehoben und damit auch die Höchstpreise. Die bisher 6.20 Mark für das Pfund im Kleinhandel betragende. Im freien Handel dürfte die Marmelade jetzt zu 4—5 Mark, je nach Qualität, zu haben sein. Es ist nun die Gefahr vorhanden, daß durch Anverleihen minderewertiger Marmelade

WIESBADENER VERKEHRS-BUCH

Wiesbadener Zeitung

RECHNISCHER KURIER

Juni 1920

Preis 50 Pf.

soeben erschienen!

In haben in unserer Hauptgeschäftsstelle:

Nikolaistraße 11

und in unseren Filialen: Viktoriastraße 22, Ecke Bleichstraße, Friedrichstraße 11, Ecke Taunusstr., Gießenstraße 13, Gießenstraße 22, Kaiser Friedrich-Ring 14, Mauritianstraße 14, Dammstraße 45, Ecke Herberich, Nibelungenstraße 45, Schulstraße 2, Schmalbacher Straße 21, Sedanplatz 2, Bahnhof 24, Hebergasse 14, Wellerstraße 15, Wellerstraße 16, sowie in den Reichshäusern, bei den Zeitungsverkäufern und in fast allen Buch- und Papierhandlungen.

Inhaltsverzeichnis:

- I. Eisenbahn-Zeitungs. II. Gassen. III. Eisenbahn-Zeitungs. IV. Eisenbahn-Zeitungs. V. Eisenbahn-Zeitungs. VI. Eisenbahn-Zeitungs. VII. Eisenbahn-Zeitungs. VIII. Eisenbahn-Zeitungs. IX. Eisenbahn-Zeitungs. X. Eisenbahn-Zeitungs. XI. Eisenbahn-Zeitungs. XII. Eisenbahn-Zeitungs. XIII. Eisenbahn-Zeitungs. XIV. Eisenbahn-Zeitungs. XV. Eisenbahn-Zeitungs. XVI. Eisenbahn-Zeitungs. XVII. Eisenbahn-Zeitungs.

das Publikum übersteuert wird. Bisher war vorgeschrieben, daß die Marmelade 50 Prozent Zucker enthalten mußte, nunmehr ist aber den Fabriken freigestellt, auch Marmelade mit geringerem Zuckergehalt auf den Markt zu bringen. Ein Teil der Marmeladenfabriken hat sich dahin geeinigt, Marmelade mit weniger als 50 Prozent Zuckergehalt nicht herzustellen. Dabei ist zu bemerken, daß das rote Obstmark, das zur Herstellung von Marmelade bestimmt ist, in den Fabriken mit etwa 60 Mark per Zentner zu Buche steht. Den zur Herstellung nötigen Zucker müssen die Fabriken mit 6 Mark per Pfund bezahlen. Unter Zugrundelegung dieser Selbstkostenpreise und der Herstellungskosten kann also eine recht gute Marmelade schon für 4 Mark im Kleinhandel verkauft werden. Die Preisprüfungsstellen sind angewiesen, die Verkaufsstellen im Marmeladenhandel dauernd zu beobachten. Soweit der Bericht über die Tatzache der Aufhebung der Marmelade-Zwangsabgabe, Interessant wäre es, zu erfahren, nach welchen Grundsätzen die Marmeladen-Fabriken mit Zucker beliebert werden. Nicht ohne Berechtigung fordern viele Hausfrauen die Freigabe eines Teiles des Zuckers, der durch die Aufhebung der Zwangsabgabe der Marmelade zur Verfügung steht. Bei dieser Ueberweisung eines Teiles des bisher in die Marmeladen-Fabriken gewanderten Zuckers an die Haushaltungen ist zu erwarten, daß infolge der hierdurch verringerten Konkurrenz der Fabriken auf dem Obstmarkt endlich die Obstpreise auf eine erträgliche Höhe zurückgehen. Allerdings müßte diese Zuckerfreigabe sehr schnell und nach dem üblichen Erzeugnisverhältnis erfolgen, wenn sie noch für die Obstzucht in Betracht kommen soll.

Lotteriegewinn und Steuern. In letzter Zeit erschienen in der Tagespresse mehrfach Notizen, das Spielen in der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie lohne sich nicht mehr, da man von größeren Gewinnen zu hohen Steuern bezahle müsse. Das beruht aber auf einem Irrtum. Durch einen Gewinn in der Preussisch-Schlesischen Lotterie kommt man nämlich nicht in eine höhere Steuerstufe, sondern bezahlt ebensolche Prozent Steuern von dem Gewinn, wie von seiner bisherigen Jahresbeimahme. Wenn z. B. jemand 10 000 M. Einkommen hat, so muß er davon 10 Prozent also 1000 M. Steuern bezahlen. Da er aber ein Einkommen von 510 000 Mark, so zahlt er 50 Prozent also 255 000 M. Rührt das Mehrerinkommen jedoch von Gewinneinnahmen aus der Preussisch-Schlesischen Lotterie her, so bleibt er in seiner alten Steuerstufe, zahlt also nur 10 Prozent von 510 000 M.; das sind 51 000 M., was eine Ersparnis von 204 000 M. ausmacht. Eine weitere Legende, die sich in Berlin herumgesprochen hat, ist die, daß dem Spieler der auf seinen Gewinn fallende Steueranteil vom Lotterie-Einnahmer einbehalten würde. Dies ist auch falsch; denn der Lotterie-Einnahmer ist kein Steuer-Einnahmer, und andererseits darf er ja nicht einmal die Namen der Gewinner ohne deren Zustimmung angeben.

Zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft. Das hdt. Arbeitsamt teilt mit: Gemäß Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete kommt die reichsministerielle Verordnung zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft nunmehr auch für die besetzten Gebiete zur Anwendung. Die Arbeitgeber in der Landwirtschaft sind hiernach verpflichtet, offene Stellen sofort einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweis anzumelden. Die Arbeitsnachweise haben der Landwirtschaft in erster Linie Personen zu vermitteln, die bereits früher in der Landwirtschaft tätig waren. Solange offene Stellen in der Landwirtschaft zu angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen bei den Arbeitsnachweisen nachgewiesen werden können, darf bei Vermehrung einer Geldstrafe bis zu 3000 M. kein gewerbmäßiger Stellenvermittler Arbeitsuchenden, die in der Landwirtschaft tätig waren, andere als landwirtschaftliche Arbeit vermitteln, es sei denn, daß die Arbeitsuchenden für landwirtschaftliche Stellen nicht mehr tauglich sind. — Die gleiche Strafe trifft diejenigen nicht landwirtschaftlichen Arbeitgeber, die Arbeitskräfte, die seither in der Landwirtschaft tätig waren, zur Einstellung bringen. Die in der Landwirtschaft eingestellten Arbeitnehmer erhalten für sich und ihre Familie durch Vermittlung des zuständigen Arbeitsamtes freie Fahrt in den Arbeitsort und eine angemessene Beihilfe auf den Reisekosten einschl. der Beförderung des Utensils.

Kommunalisierung der Kinderfürsorge und Einrichtung von Elternbeiräten waren bei der Fürsorge die beiden wichtigsten Fragen, die die in Wiesbaden tagende 5. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Kinderfürsorge beschäftigte. Der als erster Punkt der Tagesordnung erhaltene Tätigkeitsbericht zeigte die verwinkelten Probleme, denen jede Kinderfürsorge in der heutigen Zeit innerlich und äußerlich gegenübersteht: die gesundheitliche Gefährdung und sittliche Verwahrlosung der Jugend, die Schwierigkeiten der Bewirtschaftung jeder Art, das Verlangen der privaten Hilfe, vor allem die Gefahren einer unüberlegten oder schematischen Kommunalisierung, deren Durchführung in vielen Fällen einen qualvollen Tod der Fürsorge bedeuten würde. Die Vorstandswahl ergab als erste Vorsitzende Anna v. Gierke, Mitbegründerin des Verbandes, als Mitglied der Nationalversammlung durch ihre sozialpolitische Tätigkeit bekannt. Zweiter Vorsitzende wurde Harrer D. Benné, der bekannte Führer der katholischen Kinderfürsorge.

Der erste Referent Dr. Ollendorff-Breslau behandelte die Probleme der Organisation in der Fürsorge. Nach lebhaftem Meinungsaustausch wurde fast einstimmig folgende Entschließung angenommen: Die Fortführung und der Ausbau der Wohlfahrtsfürsorge für Schulkinder erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendiger als je. Um ihre Planmäßigkeit zu gewährleisten, ist, wie auf dem Gesamtgebiet der Kinderwohlfahrtsfürsorge überhaupt, eine Neuordnung erforderlich. Bei der sich alle für die Arbeit in Frage kommenden Kreise der öffentlichen und der privaten konfessionellen und interkonfessionellen Jugendwohlfahrt mit den beteiligten Bevölkerungsgruppen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen müssen. Bei der Ausgestaltung der Organisation tritt der Verband Deutscher Kinderfürsorge für ein gemeinsames System ein. Bei dem die Nachteile einseitiger Kommunalisierung oder einseitiger privater Wohlfahrtsfürsorge vermieden, die Vorteile beider Arbeitsformen miteinander vereinigt und so alle vorhandenen lebendigen Kräfte für die Arbeit wirksam gemacht werden. In der Reichskonferenz nahen Hrl. Anna v. Gierke als Vertreterin des Verbandes teil. Aus dem Vortrag in der Nachmittags-Sitzung, den Hrl. Albers-Düsseldorf hielt, gab die Frage der Elternbeiräte besonderen Stoff zur Aussprache. Die Versammlung einigte sich dahin, daß dem Wunsch einer gewissen Demokratisierung der Fürsorgeverwaltung Rechnung getragen werden müsse und daß das geschehen könne durch Ausgestaltung der bestehenden Elternabende, durch Zuziehung der Eltern zu besonderen Ausschüssen usw. In seinem Abendvortrag forderte Dr. Fels-Dennewitz in erster Linie, daß die gesundheitliche Fürsorge an die Spitze aller Arbeit gestellt würde. In der Aussprache ergab sich auch eine lebhafteste Teilnahme der Versammlung für die Besoldungsfrage der angestellten Schulpflegerinnen, Jugendleiterinnen und Hortnerinnen, die zur einstimmigen Annahme folgender Resolution führte: Die in Weimar tagende Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Kinderfürsorge betrachte die Notlage, in der sich die beruflich in der privaten Schulpflegerarbeit stehenden heute größtenteils befinden, als einen der schwersten Missetände für die Jugendwohlfahrt. Sie hält überall da, wo die Vereine nicht in der Lage sind, mit eigenen Mitteln zu helfen, eine entsprechende Unterstützung aus kommunalen eventl. aus staatlichen Mitteln an die Vereine zur Gewährung von ausreichenden Teuerungszulagen für unerlässlich und unaufschiebbar.

Die Zigarren werden billiger — in Boden. Die hiesigen Zigarrenfabriken verfügen zurzeit über so große Mengen Rohstoff, daß ihre Lager überfüllt sind. Trotzdem steigt das Geschäft, weil die Verbraucher wegen der hohen Verkaufspreise mit dem Kauf zurückhalten. Deshalb beginnen verschiedene Zigarrenhandlungen in Mannheim und der badischen Pfalz damit, ihre Verkaufspreise erheblich, teilweise bis zur Hälfte, herabzusetzen.

Jubiläum. Herr Adolf Weckert, Beamter der Stadt Wasser und Gaswerke, begeht am 17. Juni sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Strafbefehl verfolgt wird von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden der Arbeiter Eugen Gaukman, geb. 29. 7. 1904 zu Mainz, zuletzt wohnhaft Unterliederbach, wegen Diebstahls.

Standesamts-Nachrichten vom 16. Juni. Sterbefälle. Am 11. Juni Kind Maria Sofia, 6 Jahre. Am 12. Juni Kind Hildegard Mannfaden, 11 Monate; Bürgerscheide Karl Mober, 58 Jahre; Wäcker Friedrich Wachenheimer, 37 Jahre. Am 13. Juni Rentner August Schuler, 67 Jahre; Kind Ruth Mahel, 6 Jahre; Rentner Reinhold Gräwel, 70 Jahre; Christian Koller, ohne Beruf, 14 Jahre. Am 14. Juni Ehefrau Bertha Wolf, geb. Rosenbaum, 61 Jahre; Witwe Anna Knauff, geb. Herlitzer, 73 Jahre.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Kurhaus. Am Samstag dieser Woche gibt das gesamte Ballett des Darmstädter Landestheaters, unter Mitwirkung der Ballettmeisterin Hermine Robertine ein einmaliges Gastspiel im Kurgarten. Nach den vielen Tanzveranstaltungen der letzten Zeit dürfte es interessant sein, die Darmstädter Künstlerin, der ein guter Ruf vorausgeht, kennen zu lernen.

Wiesbadener Lehrerverein. Monatsversammlung am nächsten Freitag, abends 8 Uhr, in der Turngesellschaft (Wintergarten), Schwalbacherstraße.

Anatomische Ausstellung „Der Mensch“. Man veräume nicht, die nur auf kurze Zeit im Saale zu den drei Königen, Marktstraße 26, untergebracht ebenso lehrreiche wie interessante Ausstellung anatomischer Präparate und Modelle des Hammer'schen Ateliers in München zu besichtigen. Geöffnet ist die Ausstellung täglich von morgens 10—8 Uhr abends.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

mz. Mainz, 16. Juni. Ermischte Silberstücke. Die der Polizeibehörde meldet, wurde gestern abend in der Vorstadt ein Auto angehalten, in dem sich 48 Silberbarren im Gewicht von etwa 10 Zentner befanden. Die Insassen des Autos wurden festgenommen. Das Silber und der Kraftwagen wurden beschlagnahmt. Zu der Beschlagnahme der Silberbarren meldet die hiesige „Volkszeitung“ noch, daß der Wert der beschlagnahmten Metalle über eine Million betragen dürfte. Es handelt sich natürlich wieder um einen Silbertransport der über die Grenze gebracht werden sollte. Das Silber war zu diesem Zwecke geschmolzen und in einem Holzfass unter dem Auto zwischen den Rädern verpackt worden. Die Fülle des Geldes wollte es aber, daß bei dem rasenden Tempo die Fülle des Silberfasses brach und der Inhalt auf die Straße flog. Dann Auslauf — Polizei — Beschlagnahme.

— Odenheim i. Rheinhessen, 16. Juni. Ein furchtbarer Unglücksfall ereignete sich in hiesiger Gemeinde. Das 11 Jahre alte Stöckchen des hiesigen Bahnhofsvorsteher's Heil kam beim Spielen auf der Gemeindefeisch, wo ein Transformator der Rheinischen Ueberlandzentrale aufgestellt ist, der Hochspannungsleitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. Das unglückliche Kind verbrannte bei lebendigem Leibe. In einem Tuche brachte man den Eltern die verkohlte Leiche ihres kleinen Lieblings ins Haus.

mz. Worms, 15. Juni. Einen Sturm auf dem Kirchenmarkt gab es gestern in Worms. Das Publikum war aufgebrocht darüber, daß die Händler die Kirchen zum Preise von 250 bis zu 280 das Pfund veräußerten. Die Erregung steigerte sich derart, daß selbst die Schenkmannschaft nicht verhindern konnte, daß die Körbe umgeworfen, aufgeschnitten und von den Marktbesuchern geplündert wurden. Auch auf den einzelnen Verkaufsständen griff der Sturm über. Um dem Treiben der erregten Menge Einhalt zu tun, nahm schließlich, wie die „Wormer Zeitung“ berichtet, die Polizei den Verkauf der Kirchen zum Preise von 1 M. das Pfund vor, womit die Käufer sich zufriedengaben und massenhaft die Kirchen zu dem zwangsweise abgekauften Preise von 1 M. kauften. In dem furchtlichen Gedränge wurden mehrere Personen ohnmächtig.

Anhängern des Fußballsports ist Gelegenheit gegeben, sich das Können zweier technisch hochstehender Vereine anzusehen.

zur Verteilung. Der Preis beträgt für 50 St.
Leber- und Blutwurst 0.80 M.
Weisbaden, den 16. Juni 1920.

Wiesbaden, Kirchgasse und Friedrichstraße.